

Prekarität, öffentliche Abwertung und Respekt

Die Lebenssituation der von Armut betroffenen Menschen ist von erhöhtem Stress geprägt. Im Folgenden fokussiere ich auf zwei Faktoren, die für eine zunehmende Verschlechterung verantwortlich sind: Das sind zum einen die zunehmend prekären Arbeitssituationen und zum anderen die zunehmend, diffamierenden öffentlichen Diskurse zum Thema Armut. Abschließend beleuchte ich die subjektive Sicht der Armutsbetroffenen durch einige Zitate aus kürzlich durchgeführten Interviews.

Zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedriglohnbeschäftigung

Prekäre Arbeitsverhältnisse stellen für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung eine Herausforderung dar. 37% der unselbständig Erwerbstätigen arbeiten nicht mehr in Normalarbeitsverhältnissen, bei Frauen liegt dieser Anteil höher als 50%.

Tabelle: Überblick über die Arbeitsverhältnisse

	2005	2010	2016	Veränderung 2005/2016
Arbeitsverhältnisse insgesamt	3.262.000	3.435.000	3.683.000	+13%
Normalarbeitsverhältnis	2.376.000	2.404.000	2.308.000	-3%
Andere				
– Teilzeit (12 < AZ < 36 Wochenstd.)	527.000	637.000	785.000	+49%
– unter 12 Wochenstd. (geringfügig)	126.000	163.000	195.000	+55%
– Befristung (ohne Lehre)	171.000	192.000	219.000	+28%
– Leih- und Zeitarbeit	53.000	68.000	83.000	+56%
– Freier Dienstvertrag	50.000	55.000	32.000	-64%

Quelle: K. Knittler in: Statistische Nachrichten 6/2016, S,416f.; Arbeitsmarktstatistiken 2016, S. 37f.; eigene Berechnungen

Zu den in der Tabelle aufgeführten prekären Arbeitsverhältnissen kommen noch ca. 45.000 bis 60.000 WerkvertragsnehmerInnen hinzu, sogenannte „Neue Selbstständige“, die ohne Gewerbeschein auf Werkvertragsbasis freiberuflich arbeiten.

Es sind also mehr als 1.000.000 Menschen, die keinem Normalarbeitsverhältnis nachgehen.

Die prekäre Arbeitsverhältnisse stellen vor allem Niedriglohnbeschäftigte vor große Herausforderungen.

484.000 Menschen gingen 2016 einer Niedriglohnbeschäftigung, also einer Tätigkeit mit einem Stundenlohn unter 9,51 (Diese Niedriglohngrenze entspricht bei 40 Stunden Arbeitszeit einem Bruttomonatslohn von rund 1.650 Euro, 14 mal im Jahr). Von diesen 484.000 Menschen in Niedriglohnbeschäftigung sind **180.000 (37%) weniger als 34 Std. beschäftigt**, EU-SILC Tabellenband, 75). Ein bedeutender Anteil der Niedriglohnbeschäftigung geht also mit Teilzeitbeschäftigung einher.

Diskurs über Armut wird zum Verdächtigungsdiskurs

In den letzten Jahren hat sich der öffentliche Diskurs, insbesondere von Seiten von Politikern, über den angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen verschärft. Gegen Arbeitslose und von Armut Betroffene werden zunehmend Unterstellungen und Verdächtigungen ausgesprochen.

Wissenschaftlich sind diese Anschuldigungen durch nichts zu unterlegen oder zu beweisen – die überwiegend große Anzahl von Menschen sind stark motiviert durch eigene Arbeit ihre persönliche Lebenssituation zu gestalten. Alle qualitativen Untersuchungen bestätigen die hohe Motivation z.B. von Arbeitslosen, die allerdings unter konkreten schlechten Bedingungen leiden kann, zum Beispiel unter nachhaltigen Misserfolgen beim Bewerben, oder – bei Arbeitenden – unter schlechten Arbeitsbedingungen.

Wollte man die Arbeitslosigkeit durch Unmotiviertheit und Faulheit erklären, so müsste man auch das Steigen und Sinken der Arbeitslosigkeit durch Unmotiviertheit und Faulheit erklären. Es ist jedoch nicht vorstellbar, dass steigende und sinkende Raten an Arbeitslosigkeit durch Wellen von nachlassend und zunehmender Motivation erklärt werden könnten. Es sind die Konjunkturen des Arbeitsmarktes, die Arbeitslosigkeit auslösen und dabei immer zuerst die Schwächsten am Arbeitsmarkt treffen.

Das Beispiel Deutschland zeigt, dass der Missbrauchs- und Verdächtigungsdiskurs nur durch seine strategische Funktion zu verstehen ist: Untersuchungen zeigen, dass der Diskurs über Missbrauch von Sozialleistungen von Politikern ins Spiel gebracht wird um Kürzungen vorzubereiten – unabhängig von der realen Situation des Arbeitsmarktes und der von Armut Betroffenen.

In Deutschland sind diese Argumentationsfiguren beispielsweise vor der Einführung von Hartz IV verstärkt in die Medien gekommen, so zum Beispiel 2001 von Schröder, der den Spruch lancierte: „Es gibt kein Recht auf Faulheit“. 2005 versuchte der damalige Arbeitsminister Wolfgang Clement Hartz IV zu rechtfertigen durch ein Papier namens „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat.“ Die losgetretene Diskussion stand in keinem nachvollziehbaren Zusammenhang zu Ereignissen auf dem Arbeitsmarkt.

Es ist alleine die strategische Funktion, die erklären kann, wieso auch in Österreich keine sozialpolitische Gesetzesänderung mehr diskutiert werden kann ohne angeblichen Missbrauch zu geißeln: Das gilt für die Kürzung von Mindestsicherung in gleichem Maße wie für die Kürzung von Arbeitslosengeld, den Übergang von Ausbildungsgarantie in die Ausbildungspflicht, wie auch die Zusammenlegung von Notstandshilfe und Arbeitslosengeld.

Für die Betroffenen bedeuten die permanent von Politikern und teilweise Medien wiederholten Verdächtigungen den Verlust von Anerkennung, dass sie sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden und auf sinnvolle Weise versuchen, diese Situation zu verbessern. Dieses Vorenthalten von verbaler Anerkennung, die durch Sozialkürzungen erschwerte Lebenssituation und die damit verbundenen zusätzlichen Probleme bringen die Menschen in eine missliche und auswegslose Lage, die dauerhaften Stress produziert.

Medien können ihrem Aufklärungsanspruch beispielsweise dadurch nachkommen, dass sie stärker über konkrete Einzelfälle von Armutsbetroffenen berichten.

Projekt mit Betroffenen zu vorenthaltener Anerkennung und Beschämung – Zitate

Die Armutskonferenz plant ein umsetzungsorientiertes Projekt mit Betroffenen zum Erleben von vorenthaltener Anerkennung und Beschämung. Im Rahmen einer Voruntersuchung wurden Interviews durchgeführt; hier präsentieren wir einige **Zitate von Betroffenen**:

Vor allem auf Ämtern werden viele negative Erfahrungen gemacht.

„Ich hab schon eine Sozialphobie vor den Ämtern. Es ist einfach demütigend. Am Magistrat hat eine Sachbearbeiterin zu mir gesagt: ‚Warum suchen Sie sich keinen Mann, der Sie erhält?‘“

Auch in diesem Zitat wird klar, wie unangenehm sich die Beantragung auf den Ämtern gestaltet.

„Dass ich jetzt nicht mehr wo hingehen muss für eine Beihilfe, für eine Unterstützung, auf Deutsch gesagt; Nicht mehr Betteln oder Ansuchen zu müssen, das ist sehr viel wert. Das stärkt das Selbstwertgefühl unheimlich.“

Häufig werden Betroffene auf den Ämtern pauschal verurteilt.

„Beim Arbeitsamt ist es nie eine Frage, warum Menschen in der Situation sind, in der sie sind, sondern man wird automatisch in die Schuldposition gedrängt, wo es heißt: Wer arbeitslos ist, wer langzeitarbeitslos ist und wer quasi beratungsresistent oder vermittlungsresistent ist, der will ja nicht arbeiten.. ‚Wer will, der findet Arbeit.‘ Dass es aber durchaus Gründe gibt, warum man in der Situation ist, in der man ist – schwerwiegende Gründe, menschliche Gründe, das ist nie ein Thema. Nie. Niemand fragt ‚Warum?‘, jeder sagt nur: ‚Es ist so, und wie kommt man aus der Situation raus.‘ Aber niemand fragt, warum bist du dort, wo du bist.“

Probleme gibt es häufig auch bei Arztbesuchen.

„Obwohl ich Arztbriefe hatte, in denen drinnen stand, ich brauch öfter Physiotherapie, gab es von Therapeuten, Ärzten und Krankenkassa eher das Vorurteil, dass ich der Meinung bin, ich will das ..., obwohl ich das schwarz auf weiß auf Papier habe – und dementsprechend wurde das immer abgewiesen. Ich habe mich Jahre darum bemüht, und dann habe ich es auch aufgegeben.“

Die Sozialkürzungsdebatten können Unsicherheitsgefühle bei den Betroffenen auslösen und haben daher einen bedrohlichen Charakter.

»Es ist auch die ganze existenzielle Bedrohung, diese strukturelle Gewalt: nie wissen, ..., was entscheidet die Regierung, mich nicht mehr wehren können, weil ich nicht gesund werde und auch nicht mehr erwerbsfähig – ich bin da komplett angewiesen – und das ist existenziell bedrohlich. Weil das nehmen sie weg, das nehmen sie weg, aber wie lebe ich noch? Wie zahle ich meine Miete, was esse ich noch? Krieg ich noch ein paar Stunden Assistenz, dass ich überleben kann, oder lande ich ... im Altersheim? Es fühlt sich alles nur mehr existenziell an.“

Armut beeinträchtigt auch die persönlichsten Familien- und Freundschaftsbeziehungen.

„Ich habe dummerweise auch Freundschaften von vorher nicht weitergeführt aus Angst, da nicht mehr mithalten zu können finanziell, also ich hab mich in die Anonymität zurückgezogen. Obwohl die Hände mir gereicht wurden, und ich habe sie nicht genommen.“

Hinweise zur 11. Armutskonferenz in Salzburg

Auf der 11. Österreichischen Armutskonferenz werden im Rahmen der Betroffenen-Vor-Konferenz weitere Perspektiven der Anerkennung wie auch der Beschämung diskutiert (Ansprechperson: Martin Schenk)

Im Rahmen der Vor!-Konferenz für NachwuchswissenschaftlerInnen „Ideenreichtum“ tauschen sich junge WissenschaftlerInnen aus, die zu Armutsthemen arbeiten (Ansprechperson: Alban Knecht)

In einem Workshop werden Möglichkeiten erörtert, wie gegen Beschämungserfahrungen von Betroffenen vorgegangen werden kann (Ansprechpartner: Alban Knecht).